



Russlandanalysen

Inhalt

<i>Tschetschenien und die russische Gesellschaft. Alexej Malaschenko, Moskau</i>	2
<i>Anhang: Tabellen und Diagramme zum Text</i>	5
<i>Chronik des Tschetschenienkonflikts seit 1991</i>	7
<i>Der militärische Verlauf des 2. Tschetschenienkrieges. Hans-Henning Schröder, Bremen</i>	10
<i>Chronik vom 11. bis zum 19. Februar 2004</i>	11

Tschetschenien und die russische Gesellschaft

Von Alexej Malaschenko, Moskau

Zusammenfassung

Der Konflikt in Tschetschenien, der schon mehr als ein Jahrzehnt andauert, ist ein stabiler Faktor der russischen innenpolitischen Landschaft geworden. Was macht diesen Konflikt aus und zu welchem Grade beeinflusst er Russland? Auf welchen Gebieten ist sein Einfluss spürbar?

Tschetschenien und die russische Gesellschaft

Alexej Malaschenko, Moskau

Wechselnde Haltungen zu einem unwichtigen Krieg

Der Einfluss des Krieges in Tschetschenien auf die russische Gesellschaft ist heute *nicht sehr groß*. Die Bevölkerung hat sich in der Mehrheit an den Krieg gewöhnt. Nicht einmal die regelmäßigen terroristischen Anschläge, darunter auch solche in Moskau, haben die Gesellschaft dazu gebracht, sich energischer für eine Beendigung des Krieges einzusetzen. Sicherheitsfragen und das Anwachsen der Kriminalität werden selten mit der Lösung des Tschetschenienkonfliktes im Zusammenhang gesehen.

Die Einstellung der Gesellschaft zur Lösung des Konfliktes schwankt je nachdem, wie sich die Lage auf dem Schlachtfeld und die allgemeine Stimmung im Lande entwickelt. So sprachen sich 1995, als Moskau militärisch keine positive Entscheidung erzwingen konnte, 3,2% der russischen Bürger für eine Fortsetzung des Krieges aus und 51,5% für seine Beendigung. 1999, unmittelbar nach der Zerschlagung der Gruppierung von Schamil Basajew, die in die russische Nachbarrepublik Dagestan eingefallen war, waren 62,5% für den Krieg und 13,2% dagegen. 2003 sprachen sich 52% der Bürger gegen die offizielle Tschetschenienpolitik aus, 31% dafür. Die große Ablehnung der Moskauer Politik ist darauf zurückzuführen, dass die russische Führung einseitig auf eine gewaltsame Lösung setzt. Bei den Tschetschenen selbst unterstützen übrigens 34% diese Politik. Und 70–80% plädieren für einen Verbleib Tschetscheniens im Verband der Russländischen Föderation.

Der Krieg wird nicht mehr instrumentalisiert ...

Der Tschetschenienkrieg trägt nicht zur Konsolidierung der Gesellschaft bei, zum Schulterchluss der Gesellschaft mit der Führung des Landes. Die Staatsmacht ihrerseits nützt diese Krise im Kampf mit der Opposition nicht wirklich aus. Bei dem gegenwärtigen Angriff auf die ‚Oligarchen‘ spielt der Kreml nicht mit der These, sie seien mit den tschetschenischen Freischärler verbündet, wie sie das 2000–2002 getan hat, als sie den Angriff auf Wladimir Gusinskij und Boris Beresowskij begann. Der Tschetschenienkonflikt wird bei der fortschreitenden Verwandlung der Staatsmacht in ein autoritäres System praktisch nicht instrumentalisiert. So beschuldigt schon lange niemand mehr die Massenmedien, die Separatisten zu heroisieren und zu unterstützen, wie dies vor der Schließung des damals populärsten TV-Senders NTV der Fall war.

Allerdings fördert der Konflikt objektiv den Einfluss-

gewinn der Armee und der Sicherheitsstrukturen und das Eindringen von Militärs in die zivile Politik: eine ganze Heerschar von „Tschetscheniengenerälen“ hat Schlüsselstellen im zivilen Bereich besetzt.

... doch er korrumpiert

Die Unfähigkeit, die Tschetschenienkrise zu lösen, untergräbt aber das Vertrauen zur Regierung. Die Gesellschaft und vor allem die Massenmedien erinnern nach jedem weiteren Anschlag gerne mit unverhohlener Ironie an das von Putin 1999 gegebene Versprechen, die tschetschenischen „Kämpfer auch noch auf dem Lokus abzumurksen“. Inwieweit sich dies auf die Popularität des Präsidenten auswirkt, ist schwer zu sagen, unzweifelhaft ist aber, dass es sich negativ auswirkt.

Der Tschetschenienkrieg verdirbt die Gesellschaft, begünstigt das Wachstum der Korruption, demonstriert, dass es möglich ist, sich offen an menschlichem Leid zu bereichern und liefert Beispiele für den schamlosen Raub sowohl durch hochgestellte Persönlichkeiten wie auch einfache Befehlsempfänger. 2003 teilte der Repräsentant des Präsidenten der RF im Südlichen Föderalbezirk, Wiktor Kasanzew, mit, dass alleine Moskauer Beamte schon 6 Millionen Dollar der für den Wiederaufbau Tschetscheniens bestimmten Gelder gestohlen hätten. Nach manchen Angaben erreichten im letzten Jahr nicht mehr als 20% der vorgesehenen etwas mehr als 5 Millionen Dollar die zerstörte Republik.

Das Tschetscheniensyndrom im Militär

Der Tschetschenienkrieg bremst die Reform der Streitkräfte. Für den Krieg sind schon Milliarden Rubel aufgewandt worden, die eigentlich dringend für andere Dinge benötigt würden, beispielsweise die Beschaffung neuer Waffensysteme: selbst nach offiziellen Angaben beträgt der Anteil neuer militärischer Systeme nicht mehr als fünf Prozent.

Den Angehörigen der Streitkräfte bereitet die Tatsache, dass sie faktisch auf eigenem Territorium Krieg führen, offenes Unbehagen. Dabei empfinden sie – während sie im Nordkaukasus kämpfen – das Land und seine Menschen in zunehmendem Maße als fremd. Das ruft auf der anderen Seite natürlich eine Gegenreaktion hervor: eine 2003 durchgeführte Umfrage ergab, dass 70% der tschetschenischen Bevölkerung der Ansicht sind, dass die Hauptbedrohung für sie von den föderalen Streitkräften ausgeht, während nur 40% die tschetschenischen Guerillakämpfer nannten.

Die Erfahrung wirkt auch in die russische Armee zurück: heute ist ein echtes „Tschetscheniensyndrom“ zu beobachten. In den Provinzzeitungen und Kriminalchroniken gibt es eine Vielzahl von Berichten über Vergehen von demobilisierten Tschetschenienveteranen – Schlägereien, Schüsse auf Nachbarn, Mord von Verwandten ... Nach Meinung von Psychologen ist ein solches Verhalten eine direkte Folge einer durch den Krieg verursachten Verrohung, verstärkt durch den Eindruck bei Offizieren und Mannschaften, dass eine undankbare Gesellschaft sie desinteressiert ihrem Schicksal überlässt.

Fremdenfeindlichkeit und Rassenhass

Die Tschetschenienkrise ruft auch eine Verschlechterung der Beziehungen zwischen den ethnischen Gruppen hervor und fördert Fremdenfeindlichkeit. In den 1990er Jahren sind die Kaukasier (und mit ihnen auch die Angehörigen der zentralasiatischen Völker, die sich in den russischen Augen kaum von Kaukasiern unterscheiden) zum Hauptobjekt von Ethnophobie geworden. Man muss wissen, dass alleine in Moskau mehr als 100.000 Tschetschenen leben. Insgesamt umfasst die tschetschenische Diaspora in Russland mehr als 400.000 Menschen.

Der Ärger über Neureiche aus dem Kaukasus und gewöhnliche Händler auf dem Markt vermischt sich mit der ständigen Erinnerung daran, dass irgendwo da unten im Süden „genau solche Schwarzen uns Russen umbringen“ [*Im Russischen ist ‚Schwarzer‘ ein rassistisch gefärbter Begriff für Kaukasier und Asiaten. Anmerkung des Übersetzers*]. Bei Pogromen auf Märkten verschiedener russischer Städte (u.a. Moskau, Wologda, Twer) rechtfertigten sich die Initiatoren damit, dass sie sich „für die Unsrigen in Tschetschenien rächen“. Die Attacken treffen dabei nicht einmal Tschetschenen, die nicht auf den Märkten Handel treiben, sondern Aserbaidzhaner, Tadschiken und

Dagestaner. Die allgemeine Stimmung schlägt sich auch in Bekanntmachungen nieder, wie sie z.B. der Wirt der Moskauer Bar „Pusteblume“ 2001 am Eingang aushing: „Um Konflikte zu vermeiden, werden Personen kaukasischer Nationalität nicht bedient.“

Feindbild Islam

Ethnophobie verbindet sich mit Islamfeindlichkeit. Im Bewusstsein der Mehrheit der russischen Bevölkerung wird der tschetschenische Widerstand nicht nur mit dem islamischen Extremismus in Verbindung gebracht, sondern mit dem Islam überhaupt. Natürlich unterstreichen offizielle Sprecher in ihren Statements,

das der Islam nichts mit den tschetschenischen Separatisten zu tun hat. Russische Imame und Muftis, die der Staatsmacht nahe stehen, behaupten sogar, dass die „Mudschahedin“ überhaupt keine Muslime sind. Auf der anderen Seite aber wird der Kreml nicht müde, daran zu erinnern, dass der tschetschenische Widerstand von extremistischen islamischen Organisationen finanziert wird, darunter auch von der Al Quaida von

Russische Verluste in Tschetschenien im Jahr 2003

INTERFAX-AWN, 5.2.2004

Im Jahr 2003 sind auf dem Territorium Tschetscheniens 263 Angehörige der Streitkräfte ums Leben gekommen, teilte eine gut informierte Quelle der höchsten russischen Militärbehörde am Donnerstag (5.2.) „Interfax-AWN“ mit. „Die Verluste der Streitkräfte in Tschetschenien gehen in der letzten Zeit zurück. Im Jahr 2002 sind auf dem Territorium der Republik 463 Angehörige der Streitkräfte gefallen, im Jahr 2003 263 Militärangehörige“, so der Gesprächspartner von „Interfax-AWN“. (...) Ihm zufolge sind die Angehörigen der Streitkräfte derzeit „für die Bergregionen der Republik zuständig, etwa ein Drittel Tschetscheniens“. „Dort sind hauptsächlich Sondereinheiten stationiert“, so die Quelle. Sie teilte mit, dass die Einheiten des Verteidigungsministeriums in Tschetschenien in der letzten Zeit von 53.000 Personen auf 31.000 reduziert wurden. (...) „In Tschetschenien finden derzeit keine aktiven Kampfhandlungen statt. Unsere Sondereinheiten sind dort sehr erfolgreich“, so die Quelle. (...) (lr)

Zitiert nach: Deutsche Welle. Monitor Ost- / Südosteuropa Nr. 25, 5. Februar 2004

Osama bin Laden.

Zum Glück für das herrschende Establishment und für die Gesellschaft hat die Losung der islamischen Solidarität in Russland nicht „funktioniert“. Der überwiegende Teil der in Russland lebenden Muslime (nach unterschiedlichen Zählungen sind es 15 bis 19 Millionen) hat sich nicht an dem Konflikt zwischen Moskau und Tschetschenien beteiligt, der von einigen Medien gerne und häufig ein „Konflikt der Kulturen“ genannt wird. Nichtsdestotrotz gibt es Sympathien für die leidenden Glaubensbrüder.

Tschetschenische Emissäre haben Kontakte zu radikalen Glaubensbrüdern in der Wolgaregion, im Südrural und in Moskau. Nach Informationen, die den Geheimdiensten vorliegen, treten sie in Moscheen auf

und verbreiten Propaganda zur Unterstützung der Separatisten. Es gibt auch Hinweise, dass lokale Extremisten mit tschetschenischer Unterstützung die Gasleitung in Kumkor an der Grenze des Kirower Oblast zur Republik Tatarstan in die Luft sprengen konnten.

Pulverfass Nordkaukasus

Im Ganzen hat die Islamphobie in der russischen Gesellschaft eher latenten Charakter. Allerdings besteht eine ziemlich hohe Wahrscheinlichkeit, dass sie sich aufgrund der Situation im Nordkaukasus verschärfen wird. Für diese Region ist die Bedeutung des Tschetschenienkonfliktes besonders groß. Die oben erwähnten Tendenzen von interethnischen und religiösen Spannungen treten dort noch deutlicher als im übrigen Russland hervor.

Der Tschetschenienkonflikt destabilisiert die Lage im Nordkaukasus und darüber hinaus im gesamten Süden Russlands. 2003 wurden in Russland 571 Terroranschläge verübt, davon 386 in Tschetschenien. Von Tschetschenien aus wird religiöser Extremismus verbreitet und seit kurzem gehen von dort auch wieder gefährliche Impulse eines gesamtkaucasischen Separatismus aus, der 1997–2000 in einigen Republiken, vor allem in Dagestan, hörbaren Widerhall fand. So war auch das Ziel des Einfalls in Dagestan im Jahre 1999 die Bildung eines vereinten islamischen Staates.

Islamischer Fundamentalismus, der von russischen Politikern und den ihnen nahe stehenden Experten „Wahhabismus“ genannt wird, ist in der tschetschenischen Gesellschaft an sich nicht sehr weit verbreitet. Zu seinen Anhänger kann man nicht mehr als 20 Prozent der Tschetschenen zählen. Trotzdem ist durch ihre und die Tätigkeit ihrer dagestanischen Verbündeten der radikale Islam in angrenzende Republiken eingedrungen, wo es insgesamt einige hundert „wahhabitische Gemeinden“ gibt, die nicht selten Basen für die Ausbildung von Guerillakämpfern bereitstellen.

Der 11. September und der „internationale Terrorismus“

Die Ereignisse des 11. September 2001 und der folgende gemeinsame Kampf gegen den Terrorismus haben im Nordkaukasus zu einer paradoxen Situation geführt. Einerseits haben die energischen Maßnahmen gegen die Terroristen die Finanzauflüsse für tschetschenische Guerillakämpfer, etwa aus Ländern am Persischen Golf und im Nahen Osten, bedeutend verringert. Die Sicherheitskräfte vernichteten einige Ausbildungszentren der Islamisten und verboten ihnen die Propaganda in den Moscheen, die sie kontrollierten. Die von Putin bereits im Jahre 2000 ausgerichtete „antiterroristische Operation“ stand so nahe vor einem Erfolg, wie noch nie zuvor ...

Paradoxerweise wurde gerade in dieser Periode der nordkaukasische Islamismus internationalisiert. Vor allem begannen sich seine Anhänger mehr und mehr als Teil eines „weltweiten islamischen Dschihad“ zu fühlen, der nicht nur gegen Russland, sondern auch gegen den Westen gerichtet ist, gegen alle Kräfte, die aus ihrer Sicht dem Islam und den Muslimen feindlich gesinnt sind. Dadurch wuchs in den Augen der örtlichen Islamisten, vor allem in Tschetschenien, ihre eigene Bedeutung. Gleichzeitig setzten die tschetschenischen

Guerillakämpfer in den Jahren 2000–2003 ihre Kooperation mit Extremisten aus dem Nahen Osten fort. Das von Basajew gebildete Bataillon der „Schwarzen Witwen“ (der Selbstmordattentäterinnen, die 2003 einige blutige Anschläge verübten, darunter auch in Moskau) ist das Ergebnis eines ständigen „Erfahrungsaustauschs“ zwischen tschetschenischen und arabischen Extremisten: Anschläge im Nordkaukasus, im arabischen Osten, in Südasien usw. werden nach ähnlichen Mustern verübt. Es wird kaum jemanden wundern, wenn sich beim nächsten Anschlag außerhalb Russlands auch eine „tschetschenische Spur“ findet.

„Während des andauernden Konfliktes in der Tschetschenischen Republik (Tschetschenien) machten sich die russischen Streitkräfte wie auch tschetschenische Truppen erneut schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht schuldig. [...] Zu den gemeldeten Menschenrechtsverstößen gehörten willkürliche Festnahmen, Folter und Vergewaltigungen, Misshandlungen, Fälle von ‚Verschwindenlassen‘, extralegale Hinrichtungen und die Inhaftierung von Menschen in inoffiziellen geheimen Gefangenenlagern, die häufig nichts weiter als ausgehobene Erdgruben waren. Die strafrechtlichen Ermittlungen, die von den Behörden der Russischen Föderation im Zusammenhang mit Menschenrechtsverletzungen durch Angehörige des Militärs und der Polizei eingeleitet worden sind, erwiesen sich als unangemessen und unwirksam.“

Quelle: Amnesty International Jahresbericht 2002

Tschetschenien als Hindernis für die russische Außenpolitik

Der Tschetschenienkonflikt beeinflusst in zweifacher Hinsicht die russische Außenpolitik. Auf der einen Seite stellt er ein Hindernis für die Verbesserung des Verhältnisses zum Westen dar. Moskau wird wegen des Versagens seiner Tschetschenienpolitik und der systematischen Menschenrechtsverletzungen kritisiert. Allerdings muss angemerkt werden, dass trotz der Kritik seitens europäischer Organisationen und einiger Regierungen die Handlungen des Kreml bei manchen europäischen Beamten, die in den eigenen Ländern mit einer wachsenden Präsenz von Islamisten und einer zunehmenden Radikalisierung zu tun haben, auf Verständnis trifft. In den Vereinigten Staaten wird Moskau ebenfalls kritisiert, obwohl Washington in seinen Beziehungen mit Russland die tschetschenische Frage bis heute nicht in den Vordergrund gestellt hat, sozusagen im Austausch für eine zurückhaltende Position Moskaus bei der Irakfrage.

Putin und seine Mannschaft wiederum stellen ihre Tschetschenienpolitik als Teil des globalen Kampfes gegen den Terrorismus dar. In einem gewissen Sinne haben sie mit dieser Beurteilung Recht, da der durch den Tschetschenienkonflikt provozierte Terrorismus tatsäch-

lich auch außerhalb der Region aktiv ist und Personen aus dem Nordkaukasus mehr und mehr mit Terroranschlägen in verschiedenen Teilen der Welt in Verbindung gebracht werden.

Tschetschenien als russische Krankheit

Die Wirkung des Tschetschenienkonfliktes auf die russische Gesellschaft ist schädlich. Er destabilisiert und verkrüppelt sie, indem er sie nolens volens an Krieg gewöhnt. Er behindert die Durchführung von Reformen und bindet bedeutende Finanzmittel. Die Staatsmacht spielt mit dem Konflikt. Sie kann ihn instrumentieren, wie dies während der ersten Wahlkampagne Putins 1999–2000 geschah, sie kann ihn aber auch bewusst herunterspielen, wie es zur Zeit geschieht. Die Wirkung der Tschetschenienkrise auf den Zustand der russischen Gesellschaft kann verstärkt, aber auch geschwächt werden. Eine Lösung des Konfliktes kann aber allem Anschein nach niemand vorhersagen. Die Frage, ob es „Licht am Ende des Tunnels“ gibt, muss offen bleiben.

Übersetzung: Matthias Neumann

Redaktion: Hans-Henning Schröder, Heiko Pleines

Über den Autoren

Prof. Alexej Malaschenko arbeitet am Moskauer Zentrum der Carnegie-Stiftung <<http://www.carnegie.ru>>

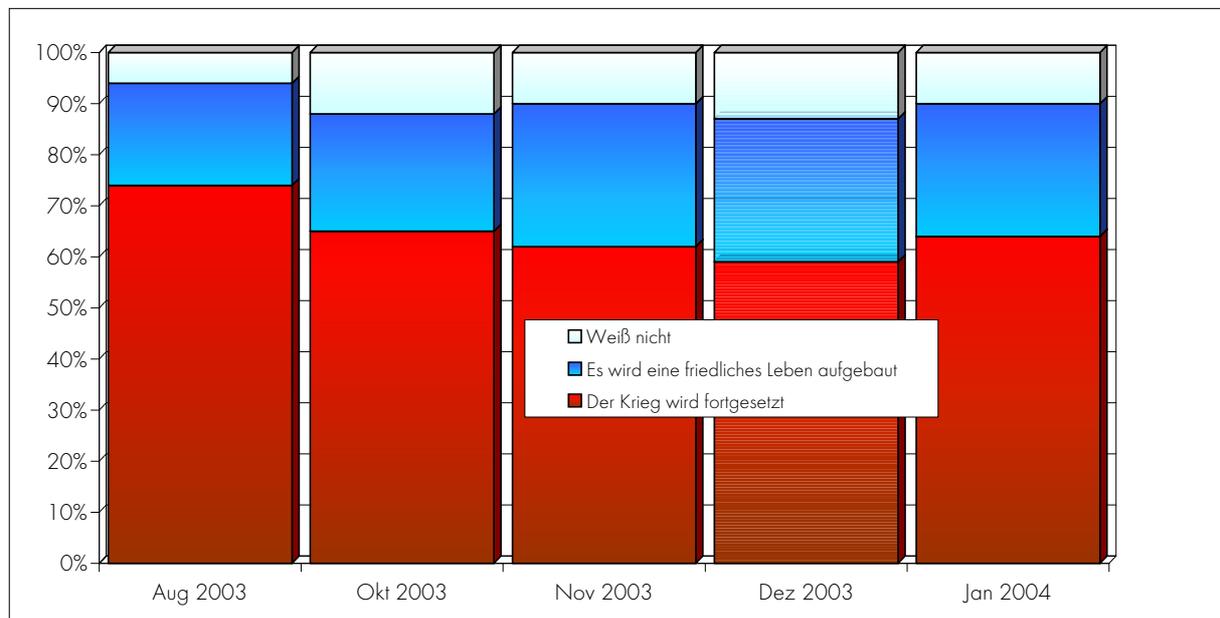
Lesetipps:

K. Grobe-Hagel: Tschetschenien - Rußlands langer Krieg, Köln: Neuer ISP-Verlag 2001.

F. Hassel (Hrsg.): Der Krieg im Schatten. Russland und Tschetschenien, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag / in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung 2003.

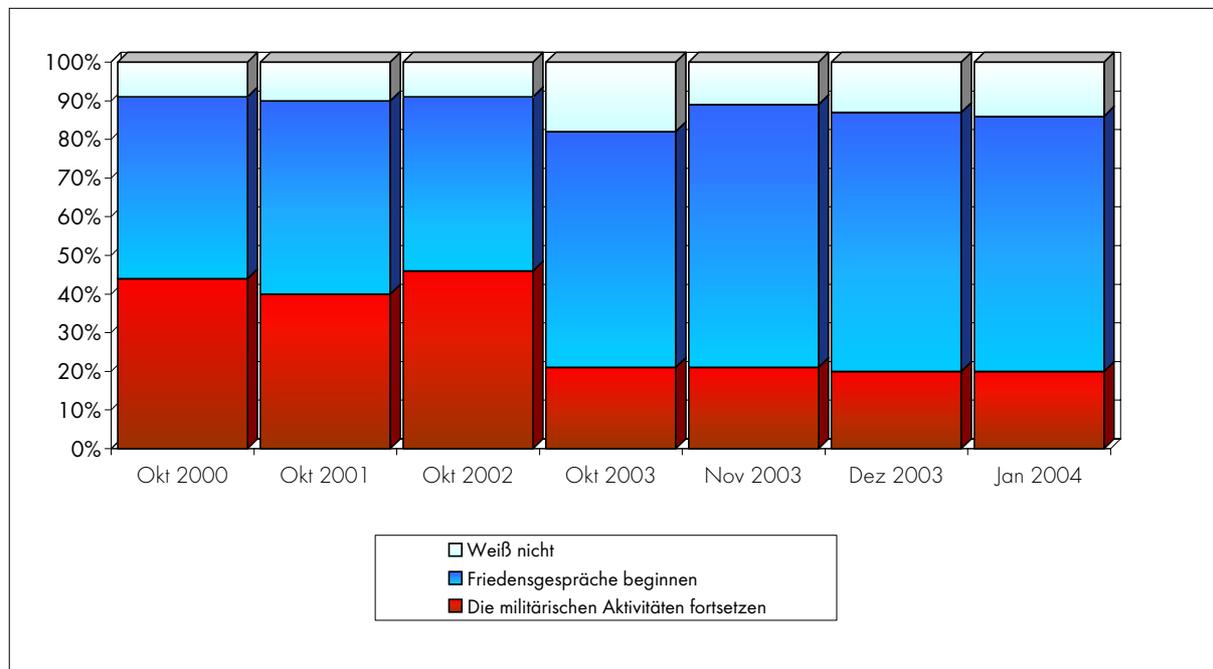
Anhang: Tabellen und Diagramme zum Text

Was passiert Ihrer Meinung nach in Tschetschenien: Fortsetzung des Krieges oder Aufbau friedlichen Lebens?



Umfrage des VCIOM-A <<http://www.vciom-a.ru/press/2004013002.html>, 31. Januar 2004>

Was meinen Sie, soll man die militärischen Aktivitäten in Tschetschenien fortsetzen – oder Friedensgespräche beginnen?



Umfrage des VCIOM-A <<http://www.vciom-a.ru/press/2004013002.html>, 31. Januar 2004>

Welche Ziele verfolgt die russische Führung derzeit in Tschetschenien?

Die territoriale Einheit Russlands zu bewahren	40%
Den internationalen Terrorismus zu bekämpfen	34%
Die Kontrolle über das tschetschenische Öl und das Territorium zu sichern	27%
Die verfassungsgemäße Ordnung in der Republik wiederherzustellen	27%
Die Sicherheit der übrigen russischen Regionen zu gewährleisten	21%
Die Privatinteressen einiger Personen zu befriedigen	18%
Die Macht und Stärke der russischen Streitkräfte zu demonstrieren	9%
Das Bild von Putin als Sieger und Verteidiger aufrechtzuerhalten	5%
Hat nicht genug Stärke und Verantwortungsbewusstsein, um die Kampfhandlungen zu beenden	5%
Den tschetschenischen Unabhängigkeitswillen für immer zu vernichten	4%
Den Genozid an den Russen, die Verbrechen gegen die Russen zu rächen	3%
Die Gefechtsausbildung der russischen Streitkräfte zu vervollkommen	3%
Das Feindbild zu bewahren, um die Geschlossenheit der russischen Gesellschaft zu gewährleisten	3%
Die Tschetschenen zu vernichten	2%
Andere	1%
Weiß nicht	10%

Umfrage des VCIOM-A <<http://www.vciom-a.ru/press/2004013002.html>, 31. Januar 2004>

Chronik des Tschetschenienkonflikts seit 1991

<i>1991</i>	
8.9.1991	Nach tagelangen Demonstrationen wird der Oberste Sowjet der Tschetschenisch-Inguschetischen Autonomen Sowjetrepublik aufgelöst.
Oktober 1991	General Dudajew übernimmt an der Spitze eines Exekutivkomitees die Macht und wird zum Präsidenten gewählt. Moskau erkennt die Wahl nicht an. Dudajew erklärt die Unabhängigkeit Tschetscheniens.
9.11.1991	Als direkte Reaktion ruft Präsident Boris Jelzin den Notstand aus und entsendet Truppen des Innenministeriums nach Tschetschenien. Die Truppen müssen in der Folge abgezogen werden, weil der russische Oberste Sowjet das Notstandsdekret ablehnt.
November 1991	Das russische Parlament verabschiedet ein Gesetz über die Bildung einer separaten Inguschetischen Republik.
<i>1992</i>	
12.03.1992	Dudajew proklamiert ein zweites Mal die Unabhängigkeit Tschetscheniens. In der Folge kommt es zu schweren Unruhen zwischen Anhängern und Gegnern Dudajews. Er verhängt den Ausnahmezustand.
Herbst 1992	Wegen des unklaren Grenzverlaufs zwischen Inguschetien und Nordossetien kommt es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, bei denen mehrere 100 Menschen ums Leben kommen.
<i>1993</i>	
November 1993	Wiederholte gewaltsame Auseinandersetzungen wegen des unklaren Grenzverlaufs zwischen Inguschetien und Nordossetien.
<i>1994</i>	
November 1994	Angehörige der russlandfreundlichen tschetschenischen Opposition greifen erfolglos die Dudajew-Regierung in Grosny an.
28.11.1994	Ultimatum Jelzins an Tschetschenien, bis zum 15.12. die Waffen niederzulegen.
11.12.1994	Einmarsch russischer Streitkräfte in Tschetschenien.
31.12.1994	Beginn des Angriffs auf Grosnyj, der zunächst unter hohen russischen Verlusten scheitert.
<i>1995</i>	
14.–18.6.1995	Tschetschenische Guerillakämpfer unter Ismail Basajew besetzen Teile des Orts Budennovsk, Region Stavropol, und nehmen ca. 1.000 Geiseln. Nach dem gescheiterten Versuch, die Geiseln mit Gewalt zu befreien, beginnt die russische Regierung Verhandlungen. Die Guerillas erhalten gegen Freigabe der Geiseln freien Abzug, einen Waffenstillstand in Tschetschenien und das Versprechen der Aufnahme von Friedensverhandlungen.
Juli 1995	Militärabkommen zwischen Russland und Tschetschenien. Kein politisches Abkommen.
<i>1996</i>	
9.1.1996	Tschetschenische Guerillakämpfer besetzen die Ortschaften Kizljär und Perwomajsk und nehmen Geiseln. Beim Angriff russischer Kräfte auf Perwomajsk stirbt ein großer Teil der Geiseln. Die Guerillakämpfer können sich in der Mehrzahl absetzen.
6.8.1996	Grosnyj wird kurzzeitig von tschetschenischen Guerillakämpfern besetzt. Die russischen Truppen erleiden hohe Verluste: 250 Tote, über 1.000 Verwundete.
3.9.1996	Ein Abkommen über die Beendigung des Krieges in Tschetschenien, vermittelt von General Alexander Lebed, wird unterzeichnet. Ende des ersten Tschetschenienkrieges. Eine politische Lösung des Konfliktes wird nicht gefunden.
<i>1997</i>	
27.1.1997	Bei den tschetschenischen Präsidentenwahlen siegt der gemäßigte Nationalist Aslan Maschadow mit etwa 60 Prozent der Stimmen klar vor seinen Konkurrenten Jandarbijew und Basajew.
27.5.1997	Der tschetschenische Präsident Aslan Maschadow führt in Moskau Verhandlungen. Es wird ein neuer Waffenstillstand vereinbart.

1999	
7.8.1999	Tschetschenische Guerillakämpfer unter Führung von Basajew und Chattab besetzen mehrere Dörfer in Dagestan. Russland entsendet gegen diese Gruppe Streitkräfte. Unter Einsatz von ca. 15.000 Mann können die Dörfer am 25.8. freigekämpft werden.
5.9.1999	21.45 Uhr. Bombenattentat auf eine Wohnanlage der russischen Streitkräfte in Bujnaks (Dagestan).
8.9./ 13.9. / 16.9. 1999	Bombenattentate auf zwei Wohnhäuser in Moskau und in Volgo-Donsk mit zahlreichen Toten und Verletzten.
17.9.1999	Russische Luftstreitkräfte greifen Ziele auf dem Territorium der Republik Tschetschenien an. Teile der tschetschenischen Zivilbevölkerung beginnen in die Nachbarrepubliken zu flüchten.
1.10.1999	Russische Streitkräfte überschreiten die Grenze der Republik Tschetschenien.
2000	
7.2.2000	Groznyj befindet sich in der Hand der russischen Truppen.
29.2.2000	Heftige Gefechte im Argun-Tal in Tschetschenien. Eine Kompanie des 104. Luftlanderegiments wird nahezu aufgerieben. Sie verliert zwischen dem 29. Februar und dem 3. März 84 Mann.
8.6.2000	Putin dekretiert die Bildung einer provisorischen Verwaltung in Tschetschenien, die direkt dem russischen Präsidenten untersteht. Zu ihrem Leiter wird Achmed Kadyrow, ein tschetschenischer Geistlicher, bestimmt.
20.8.2000	In Tschetschenien finden Nachwahlen für die russische Staatsduma statt, bei der dreizehn Kandidaten antreten. Nach russischen Angaben beträgt die Wahlbeteiligung 50%.
2001	
22.1.2001	Putin überträgt die Verantwortung für die Koordinierung der Operationen in Tschetschenien, die bisher beim Verteidigungsministerium lag, dem Inlandsgeheimdienst FSB. Darüber hinaus kündigt der Präsident eine Reduzierung der in Tschetschenien stationierten Truppen an.
17.9.2001	Gruppen tschetschenischer Guerillakämpfer in Stärke von mehreren hundert Mann greifen überraschend die Städte Gudermes, Argun und Noschaj Jurt an. Es kommt zu heftigen Gefechten, in deren Verlauf nach russischen Angaben 15 Guerillas und 12 russische Soldaten getötet werden. Bei den nachfolgenden Säuberungsaktionen werden 400 Personen festgenommen.
6.10.2001	Russische Truppen leiten in mehreren Bezirken Tschetscheniens Sonderoperationen ein. Im Laufe von 14 parallel durchgeführten Aktionen werden mindestens 13 Guerillakämpfer getötet. Zahlreiche Personen werden festgenommen.
10.10.2001	Die georgischen Behörden protestieren gegen das Eindringen russischer Kampfflugzeuge in ihren Luftraum. Georgischen Quellen zufolge greifen die russischen Luftstreitkräfte Gruppen georgischer und tschetschenischer Guerillakämpfer im Kodori-Tal an.
18.11.2001	Auf dem Moskauer Flughafen Scheremetewo-2 treffen sich Viktor Kazanzew, Bevollmächtigter des Präsidenten für die Südbezirke, und Achmed Zakajew, der Vertreter des tschetschenischen Präsidenten Maschadow.
2002	
12.3.2002	Die „Süddeutsche Zeitung“ und die „Frankfurter Rundschau“ berichten, dass russische Truppen in Tschetschenien systematisch Verhaftete foltern und ermorden.
15.8.2002	In Zürich treffen sich Achmed Zakajew, der Vertreter des tschetschenischen Präsidenten Aslan Maschadow, und Ivan Rybkin, ehemaliger Sekretär des russischen Sicherheitsrates, um Chancen für eine Beendigung des Tschetschenienkrieges zu erörtern.
19.8.2002	In der Nähe von Groznyj wird ein Transporthubschrauber vom Typ Mi-26 mit 147 Personen an Bord von tschetschenischen Freischärlern abgeschossen. Nur 32 der Insassen überleben. Putin ordnet eine Untersuchung an.
23.–26.10.2002	Eine Gruppe von 41 tschetschenischen Freischärlern – 22 Männer und 19 Frauen – unter Führung von Mowsar Barajew besetzt das Theaterzentrum an der Dubrowka in Moskau, in dem das Musical „Nord-Ost“ gespielt wird. Die Angreifer nehmen Schauspieler und Zuschauer, insgesamt etwa 700 Personen, als Geiseln und fordern den Abzug der russischen Truppen aus Tschetschenien. Am 26.10. dringen russische Spezialkräfte unter Einsatz von Betäubungsgas in das Theater ein, töten die tschetschenischen Geiselnnehmer und befreien die Gefangenen. Fünf der Geiseln sterben durch Schussverletzungen, die Mehrheit erleidet Gasvergiftungen, an der in der Folge 123 Personen sterben.

25.–30.10.2002	Russische Truppen führen ca. 60 Säuberungsaktionen in Tschetschenien durch. Dabei töten sie etwa 30 Tschetschenen.
Herbst 2002	Russland beschuldigt Georgien, es unternehme nichts gegen „tschetschenische Terroristen“, die im Pankisi-Tal Unterschlupf gefunden hätten.
27.12.2002	Bei einem Selbstmordattentat auf das Gebäude der russlandfreundlichen tschetschenischen Regierung in Groznyj werden 80 Personen getötet und 152 verletzt. Die Attentäter hatten zwei mit Sprengstoff beladene Fahrzeugen vor dem Gebäude zur Explosion gebracht.
31.12.2002	Das Militärgericht des Wehrbezirks Nordkaukasus spricht Oberst Jurij Budanow, dem Mordes und Vergewaltigung eines tschetschenischen Mädchens vorgeworfen wird, frei, da er zum Tatzeitpunkt nicht zurechnungsfähig gewesen sei. Budanow wird in eine psychiatrische Klinik überstellt. Das Verfahren war einer der ganz wenigen Strafrechtsprozesse wegen Menschenrechtsverletzungen russischer Armeemitglieder in Tschetschenien.
2003	
20.3.2003	Zwei Kampfhubschrauber Mi-24 gehen über Südschetschenien verloren.
23.3.2003	In Tschetschenien findet das Referendum über eine neue Verfassung und ein neues Wahlgesetz für Parlament und Präsidenten statt. Nach offiziellen Quellen beträgt die Wahlbeteiligung 89,48%. Über 95% der Wähler stimmen angeblich den Vorlagen zu.
6.6.2003	Die Duma verabschiedet in dritter und letzter Lesung ein Gesetz, das Personen, die in den letzten 10 Jahren an den Kämpfen in Tschetschenien beteiligt waren, amnestiert.
5.7.2003	Bei einem Selbstmordattentat auf ein Rockfestival am Flughafen Tuschino in Moskau werden 16 Personen getötet, darunter die beiden Täterinnen. Über 50 Personen werden mit Verletzungen in Krankenhäuser eingeliefert. Eine der beiden Attentäterinnen wird anhand aufgefundener Papiere als Tschetschenin identifiziert.
1.–2.8.2003	In Tschetschenien werden in einem 48-stündigen Gefecht bei dem Dorf Dyschne-Vedeno 29 Soldaten und Polizisten getötet.
20.8.2003	Heftige Gefechte in Awhuri (Südschetschenien). Beim Versuch, tschetschenische Guerillas einzukreisen, sollen 25 tschetschenische Polizisten und 15 russische Soldaten getötet worden sein.
5.10.2003	Bei Präsidentenwahlen in Tschetschenien gewinnt der Amtsinhaber Achmed Kadyrow mit 80,84% der Stimmen bei einer ungewöhnlich hohen Wahlbeteiligung von 86,6%. Nachdem sich im Vorfeld der Wahlen eine Reihe ernstzunehmender Bewerber zurückgezogen hatten, wird die Wahl von vielen Beobachtern kritisch gesehen. Die OSZE hatte davon Abstand genommen, Wahlbeobachter zu entsenden.
5.12.2003	Selbstmordattentäter bringen im Vorortzug Kislowodsk-Mineralnye Wody eine Bombe zur Explosion. 42 Personen werden getötet, über 150 verletzt.
9.12.2003	Bei einem Selbstmordattentat vor dem Hotel „National“ in Moskau werden 6 Personen getötet und 13 verletzt.
15.12.2003	25–50 tschetschenische Guerillakrieger dringen in die Ortschaft Schaure (Dagestan) ein, töten 9 Grenzsoldaten, nehmen mehrere Geiseln und ziehen sich in Richtung auf die tschetschenische und die georgische Grenze zurück. Die russischen Kommandobehörden leiten eine umfassende Verfolgungsaktion mit Militär und Sicherheitskräften ein.
2004	
6.2.2004	Im morgendlichen Berufsverkehr explodiert in der Moskauer U-Bahn zwischen den Stationen „Awtozavodskaja“ und „Pawelezkaja“ eine Bombe. Etwa 50 Personen werden getötet, über 120 verletzt. Es wird vermutet, dass es sich um ein tschetschenisches Selbstmordattentat handelt.

Zusammengestellt von Hans-Henning Schröder.

Der militärische Verlauf des Zweiten Tschetschenienkrieges

Als die russische Armee im September 1999 mit überlegenen Kräften in Tschetschenien einmarschierte, versprach sie der russischen Öffentlichkeit einen kurzen, siegreichen Feldzug. Nachdem die Regierung des tschetschenischen Präsidenten Maschadow nicht in der Lage war, die *war lords* zu kontrollieren, setzte der damalige russische Ministerpräsident Wladimir Putin Streitkräfte ein, um die regulär gewählte tschetschenische Regierung abzusetzen und Russlands Oberhoheit mit militärischen Mitteln durchzusetzen. Die Gewaltdemonstration war 1999 Teil der Putinschen Wahlkampagne, die den weithin unbekanntenen Bürokraten in der russischen Öffentlichkeit als starken Mann präsentierte.

Doch die Erwartung, die russische Armee werde in einem halben Jahr die Ordnung wieder herstellen, erwies sich als irrig. Der zweite Tschetschenienkrieg dauert heute bereits viereinhalb Jahre und ein Ende ist nicht absehbar. Dabei hat sich das Kriegsbild im Laufe der Jahre wiederholt verändert.

Der russische Einmarsch im Herbst 1999 hatte zunächst den Charakter eines konventionellen Krieges, bei dem die russischen Truppen mit Panzern und Artillerie vorrückten und Terrain besetzten. Die tschetschenische Seite ging rasch zu einer Guerillakriegsführung über, bei der sie zeitweise beachtliche Erfolge erzielte. So gelang es ihr etwa im Februar 2000 eine russische Fallschirmjägerkompanie vollständig aufzureiben. Im Laufe des Jahres nahm das militärische Übergewicht der russischen Seite aber zu, so dass der tschetschenische Widerstand zu anderen Formen der Kriegführung übergehen musste.

Die Zahl der Bombenattentate und der Angriffe auf Polizisten und Vertreter der russisch-tschetschenischen Zivilverwaltung nahm zu. Im Januar 2001 gab das Verteidigungsministerium daher die Verantwortung für die Führung der Kampfhandlungen an den Inlandsgeheimdienst FSB ab. In dieser Phase gingen die russischen Einsatzkräfte zu systematischen Säuberungsoperationen über, bei denen ganze Dörfer durchkämmt und zahlreiche Zivilpersonen festgenommen und verschleppt wurden. Doch noch im September 2001 waren Guerillagruppen in der Lage, gleichzeitig drei größere Ortschaften anzugreifen und mehrere Tage zu besetzen. Der russische Druck veranlasste die tschetschenische Guerilla aber, in angrenzende Staaten auszuweichen. So kam es 2001 und 2002 zu Gefechten in Inguschetien und in Georgien. Der georgische Hochkaukasus wurde von den Tschetschenen zeitweise als Ruheraum genutzt. Russisches Vordringen auf georgisches Gebiet führte in dieser Phase zu politischen Verstimmungen zwischen Moskau und Tbilisi. In Tschetschenien selbst gelang es der Guerilla Ende 2002, Anfang 2003 mehrfach, russische Hubschrauber abzuschießen.

Seit 2002 setzte die tschetschenische Seite auch verstärkt auf das Instrument der Selbstmordattentate. In Groznyj, dann auch in Moskau und in Stawropol kam es 2002 und 2003 immer wieder zu Geiselnahmen und Bombenattentaten. Die russische Seite hat zwar eindeutig militärische Überlegenheit erreicht und ist offenbar in der Lage, Guerillaaktivitäten auf dem Territorium Tschetscheniens zu erschweren, doch ist sie nach wie vor außerstande, rechtzeitig Nachrichten über Tätigkeit und Planungen der Guerilla zu beschaffen und ihre Logistik zu zerstören. Ein Ende der gewaltsamen Auseinandersetzungen, die in Form fortgesetzter terroristischer Aktivitäten im Nordkaukasus und in Russland geführt werden, ist deshalb nicht abzusehen.

Von Hans-Henning Schröder, Bremen

Chronik vom 11. bis zum 19. Februar 2004

11.2.2004	Der russische Außenminister Igor Iwanow und sein georgischer Amtskollege Tedo Dshaparidse unterzeichnen ein russisch-georgisches Regierungsabkommen über Zusammenarbeit im Informationsbereich sowie ein Protokoll über Konsultationen und Kooperation der beiden Außenministerien.
12.2.2004	Wladimir Lukin wird in der Duma mit 333 Stimmen bei 4 Gegenstimmen und einer Enthaltung zum Menschenrechtsbeauftragten der Russischen Föderation gewählt.
13.2.2004	Selimchan Jandarbijew, der 1997 gewählte Vizepräsident Tschetscheniens, wird bei einem Bombenanschlag in Katar getötet.
13.2.2004	Die Website chechenpress.com meldet, dass in drei tschetschenischen Flüchtlingslagern in Inguschetien das Wasser abgestellt worden ist. Offenbar sollen die Flüchtlinge damit veranlasst werden, nach Tschetschenien zurückzukehren.
14.2.2004	Das Glas- und Betondach des Hallenbadkomplexes Transvaal-Park im Südwesten Moskaus stürzt ein. Mindestens 25 Personen werden getötet, über 100 verletzt. Die Behörden vermuten Baumängel.
15.2.2004	Die Partei „Russische Regionen“, Teil des Blocks „Heimat“, beschließt auf ihrem Kongress, die Wahl von Putin zu unterstützen und benennt sich in „Heimat“ um. Der Kovorsitzende und Präsidentschaftskandidat Sergej Glasjew tritt zurück und wird durch Viktor Geraschtschenko ersetzt. Glasjew wird aus der Partei ausgeschlossen.
17.2.2004	Präsident Putin besucht die Nordmeerflotte und beobachtet von Bord eines Atom-U-Bootes aus eine Großübung, an der auch Raketenruppen und strategische Bomber teilnehmen. Russische Medien melden, dass es während der Großübung in Anwesenheit von Putin beim Start von zwei seegestützten ballistischen Raketen zu Fehlfunktionen kommt, so dass die Startsequenz abgebrochen wird. Die Marineführung dementiert, dass irgendwelche unvorhergesehenen Ereignisse eingetreten seien.
17.2.2004	Kurienkardinal Walter Kasper trifft in Moskau ein, um Gespräche mit der russisch-orthodoxen Kirchenführung zu führen und die Meinungsverschiedenheiten zwischen der römisch-katholischen Kirche und der russisch-orthodoxen Kirche beizulegen.
17.2.2004	Der Fernsehsender NTV gibt bekannt, dass er keine Wahlkampfdebatten übertragen wird. Da Präsident Putin nicht an den Debatten teilnehme, sei das Zuschauerinteresse gering und der kommerzielle Wert niedrig.
18.2.2004	Die Staatsduma lehnt in erster Lesung die Gesetzesvorlage über eine Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten von vier auf sieben Jahre mit 300 gegen 51 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab.
18.2.2004	Nach der neuen Umfrage des VCIOM-A kann Präsident Putin bei den anstehenden Wahlen mit 80% der Stimmen rechnen, gefolgt von Nikolai Charitonov mit 5% und Sergej Glasjew mit 4%. Kein einziger der 1.600 Befragten votierte für Iwan Rybkin. Die Wahlbeteiligung dürfte laut Umfrage bei über 60% liegen.
19.2.2004	Der Russische Jüdische Kongress warnt vor rechtsextremistischen Tendenzen in Russland. „Die Straßen russischer Städte sind für jeden gefährlich geworden, der nicht aussieht wie ein Slawe“, heißt es in einer Erklärung der Organisation.
19.2.2004	Laut Tageszeitung „Iswestija“ plant das Moskauer Stadtparlament ein Gesetz, dass für alle in der russischen Hauptstadt ansässigen Ausländer eine Ausweis-Karte mit Lichtbild und Fingerabdrücken vorsieht.

Die Russlandanalysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wider.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit dem Herausgeber gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann

ISSN 1613-3390 © 2004 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de>